



## Ungleichheit und Steuergerechtigkeit

### Bayerische Handlungsmöglichkeiten zur Bewältigung eines wachsenden Problems

**D**er Jesuitenpater Jörg Alt SJ ist ein deutscher Sozialwissenschaftler, Sozialethiker und Hochschulseelsorger, der durch seine sozialetischen Forschungsarbeiten und Publikationen sowie durch sein gesellschaftspolitisches Engagement in Kampagnen mit den Themenschwerpunkten Migration, Globalisierung und Armutsbekämpfung bekannt wurde. Sein derzeitiger Arbeitsschwerpunkt ist die Studie Tax Justice and Poverty, in der er Zusammenhänge zwischen Steuergerechtigkeit und Armut erforscht. Bei dieser Studie wurde er auch von dem stellvertretenden bfg-Landesvorsitzenden Christoph Werwein beraten. Diese Zusammenarbeit wurde nun mit einer Veranstaltung im Nürnberger Caritas-Pirckheimer-Haus (cph) fortgesetzt. Unter der Leitung von Alt und Werwein ging es um die Frage, welche Handlungsmöglichkeiten Bayern beim Problem der wachsenden Ungleichheit der Vermögen und der Steuergerechtigkeit hat. Eingeladen waren mit den Landtagsabgeordneten Wolfgang Fackler (CSU) und Harald Güller (SPD) sowie dem Landesvorsitzenden der bayerischen Grünen, Eike Hallitzky, Politiker von Parteien, die sowohl im Landtag als auch im Bundestag vertreten sind. Moderiert wurde der Abend von Armin Jelenik, dem stellvertretenden Chefredakteur der Nürnberger Nachrichten.

**Dr. Alt SJ: „Es wächst das Gefühl, dass es in unserem Land nicht mehr gerecht zugeht.“**

Zur Beurteilung der Entwicklung von Ungleichheit beleuchtete Dr. Alt in seinem Eingangsstatement drei Pro-

blemkomplexe zur Beurteilung der Entwicklung von Ungleichheit: die Entwicklung von Haushaltseinkommen und -vermögen, die Entwicklung der Haushaltsausgaben und die sinkende Umverteilung und soziale Mobilität.

Er führte aus, dass die Vermögensungleichheit in Deutschland zu den höchsten weltweit gehören und weiter zu nehmen. Dazu komme, dass die Lebenshaltungskosten, vor allem Mieten, in den letzten Jahrzehnten kräftig gestiegen seien. Zunehmend gebe es Haushalte, die zwischen 30 und 40 % oder sogar mehr des Nettoeinkommens für Mieten ausgeben müssen. Nehme man preisbereinigte Einkommen als Maßstab, so gebe es Anzeichen, dass sich Menschen auch mit mehr Geld im Geldbeutel immer weniger leisten könnten.

„All das wäre nicht so schlimm, wenn zumindest die Einkommensungleichheit durch Umverteilung noch angemessen aufgefangen werden könnte. Oder wenn die Verheißung noch gelten würde, dass man es mit Bildung und Leistungsbereitschaft „Vom Tellerwäscher zum Millionär“ bringen könne“, so Alt. Beide Entwicklungen wiesen laut OECD jedoch einen Abwärtstrend auf. Alt: „In welche Familie man geboren wird, wird zunehmend entscheidender für die Zukunft eines Kindes“.

Folge sei, dass am oberen Ende wachsende Vermögen viele Einflussmöglichkeiten auf Politikgestaltung jenseits demokratischer Regeln eröffneten. Am unteren Ende wachse das Gefühl, dass es in unserem Land nicht mehr gerecht zugehe. Eine Verbindung dieses Komplexes zu Sündenbockdenken und Populismus gelte inzwischen als empirisch gut belegt. Bei der Frage, wie dem wirkungsvoll

begegnet werden müsse, würden Steuern, so der Jesuitenpater, eine große Rolle einnehmen, vor allem die Erbschaftsteuer oder steuerfinanzierte Zuschüsse, bessere öffentlich finanzierte Angebote, vor allem im Betreuungs- und Erziehungsbereich, und mehr sozialer Wohnungsbau. Bei der Steuerpolitik gelte es zwischen der rechtlichen und der Verwaltungs- und Vollzugsebene zu unterscheiden: „Letztere ist deshalb wichtig, weil die besten Gesetze nichts wert sind, wenn man sie nicht durchsetzen kann“, sagte Dr. Alt.

**Christoph Werwein: „Wenn bis zu 25% des Personals fehlt, bleibt das nicht ohne Folgen.“**

Der stv. bfg-Landesvorsitzende Christoph Werwein stellte in seinem Statement anknüpfend an Alt fest, dass Steuern grundsätzlich ein sehr geeignetes Instrument seien, um soziale Schieflagen abzumildern. Dafür müssten die, die viel haben, mehr geben, damit der Staat die stützen könne, die zu wenig hätten. Sei dies aber überhaupt noch möglich, „wenn gerade große Konzerne und Privatvermögen ihre internationalen Verflechtungen nutzen, um sich ihren Verpflichtungen legal, halblegal oder illegal zu entziehen? Wenn mit Abwanderung gedroht wird, um eine Verringerung der Steuerlast zu erreichen und damit ein Wettlauf nach unten in Gang gesetzt wird?“, so Werwein. Die anstehende Neuregelung der Grundsteuer sei eine perfekte Gelegenheit, die Allgemeinheit an der Steigerung von Vermögenswerten partizipieren zu lassen. Fest stehe für ihn aber, dass eine umfassende Neubewertung des Grundvermögens für die Steuerverwaltung personell



Jesuitenpater Dr. Jörg Alt SJ

aktuell nicht zu stemmen sei. „Ja, wir können uns eigentlich überhaupt kein System leisten, das Mehraufwand verursacht“, sagte der stellvertretende bfg-Vorsitzende. Zwar habe die Staatsregierung den Personalstand in den letzten Jahren um etwa 500 Vollzeitkräfte erhöht. Dennoch könnten trotz Rekordeinstellungszahlen gerade einmal die Altersabgänge ersetzt werden. Der Personalfehlbestand der vergangenen Jahre sei jedoch noch längst nicht geschlossen und wenn bis zu 25 % des Personals fehle, bleibe das nicht ohne Folgen. Dazu kämen nun die internationalen Verflechtungen, wie Panama- und Paradise-Papers eindrucksvoll belegen. Die Steuerbehörden stießen schnell an nationale Grenzen. Hier müsse die übergreifende Zusammenarbeit im Steuervollzug weiter verbessert werden. Dazu gehöre ein umfassender Datenaustausch genauso wie hochqualifiziertes und ausreichendes Fachpersonal. Einer bedarfsgerechten Personalaufstockung der Steuerverwaltung sei in der Vergangenheit gern mit dem Argument begegnet worden, dass die Personalkostenquote im Staatshaushalt nicht weiter steigen dürfe. Der Bayerische Oberste Rechnungshof habe dazu jedoch bereits 2012 angemerkt, dass „das Quatsch ist.“ Jeder Finanzbeamte bringe statistisch viel mehr ein als er koste. Mit der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs sollte der Weg doch jetzt frei sein, um die Planstellen für die Steuerverwaltung deutlich anzuheben.

In der anschließenden Podiumsdiskussion nahmen dann die Politiker zu den Statements und zu Fragen aus dem Publikum Stellung. Dabei zeigte sich, dass sie die Vermögensungleichheit in Deutschland unterschiedlich



und der stellvertretende bfg-Landesvorsitzende Christoph Werwein leiteten den Abend.

beurteilen. Harald Güller und Eike Hallitzky konstatierten im Bereich der Vermögensverteilung und der Aufstiegsmöglichkeiten ein massives Auseinanderdriften von Arm und Reich. „Wer chancenlos ist, bleibt es, denn Armut und Reichtum werden in Deutschland vererbt“, so Hallitzky. Einen Grund für den wachsenden Reichtum von „Superreichen“, sieht Wolfgang Güller auch darin, dass „wir bestimmte Vermögensarten steuerlich nicht erreichen oder diese steuerlich gestaltet werden können, was im Bereich der Arbeitnehmereinkünfte nicht möglich ist. Wolfgang Fackler wollte die Situation „nicht überdramatisieren“. Circa 80 % der Menschen in Deutschland gehören zur Mitte, was Zahlen des IDW belegen, und er sehe auch nicht die Gefahr, dass diese Mitte zu zerfallen drohe. Auch er sei der Auffassung, dass starke Schultern mehr für das Gemeinwohl zu tragen hätten. Ein Gerechtigkeitsproblem könne er im Steuerrecht aber nicht erkennen, schließlich würden die „oberen 10 % der Einkommensteuerpflichtigen über 50 % zum Einkommensteueraufkommen beitragen.“ Kritik von Hallitzky und Güller gab es für die Bayerische Staatsregierung für ihren Umgang mit internationalen Großkonzernen. Bayern sei hier zu oft Bremser, wie das Beispiel Apple gezeigt habe, so Hallitzky. Hallitzky warnte auch vor einem Steuerwettbewerb zwischen den einzelnen Bundesländern, denn dieser werde die „Steuerbasis wegerodieren.“ Hallitzky und Güller sprachen sich deshalb auch gegen „regionalisierte Steuersätze bei der Erbschaftssteuer aus. Während hingegen Wolfgang Fackler darauf verwies, dass unterschiedliche Steuersätze zwischen den Ländern nichts Neues seien, wie zum

Beispiel bei der Grunderwerbsteuer. Einig waren sich Fackler, Güller und Hallitzky bei der Einschätzung, dass eine Neubewertung aller 35 Millionen Grundstückswerte nicht „hinzubekommen“ sei. „Wir brauchen keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Finanzbeamte“, so Wolfgang Fackler. Harald Güller sprach sich hier für ein Mischsystem aus pauschalisierten und regionalisierten Werten aus.

Breiten Raum nahm auch die Diskussion über die Auswirkungen der Personalsituation in der Steuerverwaltung ein. „Fehlendes Personal untergräbt die Steuergerechtigkeit“, stellte Harald Güller fest. Güller und Hallitzky verwiesen in diesem Zusammenhang auf die Kritik des Bayerischen Obersten Rechnungshofes und auf die Forderungen der bfg nach mehr Personal in den Finanzämtern. Wenngleich Wolfgang Fackler darauf hinwies, dass die Rechnung „mehr Finanzbeamte – mehr Steuereinnahmen – sich nicht unendlich fortschreiben lasse, denn „irgendwann werde auch kein größerer Ertrag mehr erzielbar sein.“ Fraglos sei aber, dass die CSU sich weiter für eine Stärkung der Steuerverwaltung einsetzen werde. „Wir werden die Personalabgänge ersetzen und Personal aufbauen für eine starke und leistungsfähige Finanzverwaltung. Insofern stimmte er dann auch mit Güller und Hallitzky überein, die Fackler vorwarfen, dass die Staatsregierung in den vergangenen Jahren zu wenig für eine Stärkung der Steuerverwaltung getan hätte. Auch die jetzigen Maßnahmen reichten lang nicht aus. „Beim Kampf gegen den internationalen Steuerbetrug können wir das Doppelte bis Dreifache an zusätzlichem Personal vertragen“, so Harald Güller.